
Frage 1

Das EU-Lieferkettengesetz wäre ein Meilenstein für die Stärkung von Menschenrechten und den Schutz von Umwelt, Klima und Biodiversität. Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dafür eine Mehrheit im Rat zu schaffen? Welche Möglichkeiten sehen Sie, das Gesetz in Zukunft weiter zu stärken?

Wir GRÜNE freuen uns sehr, dass das EU-Lieferkettengesetz im Rat noch eine Mehrheit gefunden hat. Wir haben uns sehr lange dafür eingesetzt. Mit den neuen Vorschriften sind Unternehmen und ihre Partner in der Wertschöpfungskette in der gesamten EU gesetzlich verpflichtet, negative Auswirkungen ihrer Tätigkeiten auf die Menschenrechte und die Umwelt, wie Kinderarbeit, Sklaverei, Umweltverschmutzung oder Verlust der biologischen Vielfalt, zu ermitteln und erforderlichenfalls zu verhindern, zu beenden oder abzumildern. In der nächsten Legislaturperiode werden wir darauf achten, dass das Lieferkettengesetz konsequent, praxisnah und unbürokratisch umgesetzt wird. Bei einer künftigen Überarbeitung des Gesetzes würden wir uns dafür einsetzen, mögliche Regelungslücken zu schließen und Risikosektoren besonders in den Blick zu nehmen.

Frage 2

Ein angemessener EU-Beitrag zum 1,5°C-Limit wären eine Verringerung der Treibhausgasemissionen um mind. 95 % bis 2035 (Kommission empfiehlt 90% bis 2040). Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass die EU-Klimapolitik kompatibel mit dem Paris-Abkommen wird und das notwendige Ambitionsniveau erreicht?

Europa muss einen angemessenen Beitrag zum Klimaschutz leisten und konsequent die Pariser Klimaziele erfüllen. Um der Wissenschaft gerecht zu werden, setzen wir uns dafür ein, dass das vom Europäischen Klimarat errechnete CO₂-Budget für die EU von 11-14 Gt CO₂ im europäischen Recht festgeschrieben wird und in allen EU-Gesetzgebungen berücksichtigt wird. Schon 2030 können wir mehr einsparen als nur die bislang beschlossenen 55 Prozent. In den Verhandlungen zum europäischen Klimagesetz haben wir uns dafür eingesetzt, bis dahin mindestens 65 Prozent der EU-weiten Emissionen zu reduzieren. Außerdem streben wir an, dass es ein rechtlich verbindliches Klimaziel für das Jahr 2035 gibt. Je früher wir klimaschädliche Emissionen reduzieren, desto besser. Nicht vermeidbare Emissionen wollen wir durch natürliche und technische Maßnahmen wieder aus der Atmosphäre entnehmen.

Parallel zu ambitionierten EU-Zielen ist uns wichtig, dass wir Ländern des globalen Südens mit finanzieller und technologischer Unterstützung bei der klimaneutralen Gestaltung ihrer Wirtschaft zur Seite stehen und damit auch unserer historischen Verantwortung gerecht werden.

Frage 3

Die Aufnahme von Atomkraft und Gas in die EU-Taxonomie verzögert den sozial-ökologischen Wandel. Wie wollen Sie sich für eine Reform der EU-Taxonomie einsetzen, damit Erdgas- und Nuklear-Wirtschaftsaktivitäten nicht länger als nachhaltig gelabelt werden können?

Die Taxonomie wurde mit der Aufnahme von Atom und Gas als grünes Gütesiegel für Finanzprodukte beschädigt. Das geschah, obwohl Finanzinstitutionen, die direkt mit der Taxonomie arbeiten, auf den dadurch entstandenen Schaden hingewiesen haben.

Wir werden weiterhin Druck auf die EU-Kommission machen, erneut eine Reform der Taxonomie vorzuschlagen, diesmal ohne Atom und Gas.

Frage 4

Das zentrale Förderinstrument Erasmus+ Jugend braucht eine Vereinfachung der Antragstellung, zuverlässige und frühzeitige Bereitstellung von bewilligten Mitteln. Wie planen Sie sich für eine Richtlinien Überarbeitung im Sinne einer verlässlichen und zukunftsfähigen Förderung einzusetzen?

Das Programm ERASMUS+ soll vor allem fair sein. Momentan können sich einkommensschwächere Haushalte trotz Förderung von ERASMUS+ einen Aufenthalt nicht leisten. Daher haben wir während der Haushaltsverhandlungen für den Haushalt 2024 durchgesetzt, dass das Programm fairer und transparenter gestaltet wird, damit auch Personen aus einkommensschwächeren Haushalten besser vom Programm profitieren können. Die Reform des Programms kann mit dem neuen Mehrjährigen Finanzrahmen 2028 starten. Wir sind mit der EU-Kommission in engem Austausch und machen weiterhin Druck, damit bereits jetzt die Förderung durch ERASMUS+ fair ist. In den jährlichen Haushaltsverhandlungen setzen wir uns immer wieder für eine Erhöhung des Programms ein.

Frage 5

Die demokratische EU steht zunehmend unter Druck. Europaweit erstarben antidemokratischer Parteien. Diese versuchen den Rechtsstaat zurückzudrängen. Wie sorgen Sie dafür, dass die Demokratie und der Rechtsstaat ein fester Bestandteil der EU und aller Mitgliedsstaaten bleibt?

Die Europäische Union ist Garant für Frieden und Demokratie. Ihre Gründung beruht auf den Grundwerten: Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte. Überall in Europa werden Rechtsextreme stärker und hegen Umsturzphantasien. Deshalb müssen wir unsere Grundwerte verteidigen – mit einer klaren Haltung gegen autoritäre Tendenzen. In einigen Mitgliedstaaten wurden Grundrechte eingeschränkt, zum Beispiel im Ungarn Viktor Orbáns. Das mächtigste Instrument dagegen ist, die Auszahlung von EU-Geldern an die Einhaltung von Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Grundrechte zu knüpfen. Auf unseren Druck hin hat die EU dem ungarischen Premier Orbán EU-Gelder eingefroren, um seine Korruption zu stoppen. Wir müssen der Einflussnahme von außen und der Aushöhlung des Rechtsstaats von innen entschieden entgegenzutreten. Dafür müssen wir Regeln schnell und konsequent anwenden und Korruption und Vetternwirtschaft stoppen.

Frage 6

Durch den deutsch-französischen Freundschaftspass konnten sich junge Menschen in Europa begegnen. In Deutschland konnte, dem ÖPNV-Flickenteppich ein „Deutschlandticket“ entgegengesetzt. Wie wollen Sie erreichen, dass Menschen in Zukunft umweltfreundlich und kostengünstig durch Europa reisen können?

Wir werben dafür, dass noch mehr Länder ähnliche Modelle entwickeln wie das Deutschlandticket oder das österreichische Klimaticket. In der nächsten Legislatur möchten wir erreichen, dass solche nationalen Tickets bis zum ersten Bahnhof im Nachbarland gelten, um auch den grenzüberschreitenden Bahnverkehr attraktiver zu gestalten. Flatrate-Tickets mit ähnlichem Prinzip sollen gegenseitig anerkannt werden, sodass das Deutschlandticket perspektivisch auch in anderen Ländern genutzt werden könnte.

Damit das Bahnfahren über europäische Grenzen endlich einfacher wird, setzen wir uns zudem für eine EU-Bahnbuchungsplattform ein. Bisher ist es viel zu kompliziert, per Zug durch Europa zu fahren. Mit diesem neuen Gesetz wollen wir Ticketanbieter verpflichten, durchgehende Fahrkarten zum günstigsten Tarif anzubieten und zugleich Fahrgastrechte bei Verspätung stärken.

Frage 7

2020 wurde die Stärkung der Jugendgarantie beschlossen. Dennoch lag die Jugendarbeitslosigkeit in der EU im Dezember 2023 bei 14,7 Prozent. Wie bewerten Sie die beschlossene Stärkung der Jugendgarantie und wie muss diese eventuell noch angepasst werden?

Die europäische Jugendgarantie ist nur ein Mittel und Weg, um jungen Menschen berufliche Perspektiven zu eröffnen und sie als Fachkräfte in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Wir begrüßen ihre Stärkung im Rahmen der Corona-Pandemie und setzen uns weiter für eine Verstärkung ein. Insbesondere die Standards der Ausbildungs- und Qualifizierungsangebote wollen und müssen wir weiterentwickeln. Zusätzlich setzen wir uns für eine gesetzliche Vorschrift für eine angemessene Vergütung für Praktika, Traineeships und Lehrstellen auf dem EU-Arbeitsmarkt sowie ein Verbot unbezahlter Praktika ein.

Frage 8

Damit Junge Menschen eine fundiert Wahlentscheidung treffen können, müssen auch komplexe Fragen ausführlich Antworten bekommen. Eine komplexe Frage in 300 Zeichen zu stellen ist jedoch schwierig. Wie wollen Sie in Zukunft, im Sinne einer Teilhabe junger Menschen, sich dieses Problems annehmen?

Wir GRÜNE scheuen keine Diskussion und versuchen jeder Einladung auf Podien in Schulen, in Vereinen zu folgen, um ausführlich Rede und Antwort zu stehen, besonders gerne gegenüber jungen Menschen. Die Zeichenbegrenzung für diese Wahlprüfsteine ist eine Vereinbarung unter allen demokratischen Parteien. Wir GRÜNE bekommen wie alle Parteien sehr viele Fragen von vielen Verbänden. Das ist ein gutes Zeichen einer gesunden, überparteilichen Zivilgesellschaft. Wie es in den EU-Verträgen von den Institutionen gefordert wird, versuchen wir allen Anfragenden ähnliche Aufmerksamkeit zukommen zu lassen. Und wir versuchen eine Überforderung unserer Mitarbeitenden und Ehrenamtlichen zu verhindern, die gleichzeitig nach draußen gehen, um möglichst viele Menschen auch persönlich zu erreichen. Lange, ausführliche Fragen können gerne per Email geschickt werden, an uns als Partei, an unsere Fachpolitiker*innen. Wir beantworten alle sachlichen Fragen.